Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG)

vom 31. August 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden ¹⁾,
gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung ²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 17. Mai 2005 ³⁾,
beschliesst:

I. Grundlagen

Art. 1

Dieses Gesetz regelt den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Ge- Geltungsbereich
meindebürgerrechts, soweit der Bund keine Regelung getroffen hat.

Art. 2

Das Kantonsbürgerrecht beruht auf dem Gemeindebürgerrecht.

Kantons- und
Gemeinde-
bürgerrecht

II. Erwerb durch Einbürgerung

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 3

¹ Die Aufnahme in das Bürgerrecht setzt voraus, dass die Gesuchstellerin Eignung
oder der Gesuchsteller nach Prüfung der persönlichen Verhältnisse als ge-
eignet erscheint.

² Dies erfordert insbesondere, dass sie oder er:

- a) in die kantonale und kommunale Gemeinschaft integriert ist;
- b) mit den kantonalen und kommunalen Lebensgewohnheiten und Ver-
hältnissen sowie einer Kantonsprache vertraut ist;
- c) die schweizerische Rechtsordnung beachtet;
- d) die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet und
- e) über eine gesicherte Existenzgrundlage verfügt.

¹⁾ GRP 2005/2006, 353

²⁾ BR 110.100

³⁾ Seite 471

³ Für Unmündige gelten diese Anforderungen sinngemäss.

Art. 4

Wohnsitz-
erfordernis

¹ Die Einbürgerung erfolgt am Wohnsitz.

² Erfolgt während des Einbürgerungsverfahrens ein Wohnsitzwechsel innerhalb des Kantons, wird dieses gegenstandslos, wenn noch keine Zusage des Gemeindebürgerrechts vorliegt.

³ Das Verfahren wird in jedem Fall gegenstandslos, wenn der Wohnsitz in einen anderen Kanton oder ins Ausland verlegt wird.

Art. 5

Wiederein-
bürgerung

¹ Wer das Kantons- oder Gemeindebürgerrecht durch Entlassung oder von Gesetzes wegen verloren hat, kann ein Gesuch um Wiedereinbürgerung stellen, wenn eine enge Verbundenheit mit dem Kanton oder der Bürgergemeinde besteht und die Voraussetzungen von Artikel 3 Absatz 2 Litera c bis e erfüllt sind.

² Wohnsitz im Kanton oder in der Bürgergemeinde ist nicht erforderlich.

³ Das Verfahren und die Zuständigkeit richten sich nach den Bestimmungen über den Erwerb des Kantons- und Gemeindebürgerrechts.

2. KANTONSBÜRGERRECHT

Art. 6

Wohnsitzdauer
1. Grundsatz

Das Kantonsbürgerrecht kann von Personen erworben werden, die während insgesamt sechs Jahren im Kanton Graubünden gewohnt haben, wovon drei Jahre in den letzten fünf Jahren.

Art. 7

2. Erleichter-
ungen

¹ ¹ Stellen Ehegatten gemeinsam ein Gesuch um Einbürgerung und erfüllt nur einer die Voraussetzungen von Artikel 6, genügt für den anderen eine Wohnsitzdauer von insgesamt vier Jahren, sofern die eheliche Gemeinschaft seit drei Jahren besteht. Dasselbe gilt für Personen, die seit drei Jahren in eingetragener Partnerschaft leben.

² ² Diese Fristen gelten auch für die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller, sofern der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner das Kantonsbürgerrecht besitzt.

¹) Fassung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 1, AGS 2006, KA 4882; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

²) Fassung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 1, AGS 2006, KA 4882; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

³ Eine Wohnsitzdauer von vier Jahren genügt für die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller, sofern ein Elternteil das Kantonsbürgerrecht durch Abstammung besitzt.

Art. 8

Bei Ausländerinnen und Ausländern, welche die Voraussetzungen für die Erteilung der Einbürgerungsbewilligung des Bundes erfüllen, wird für die Berechnung der Wohnsitzdauer die Zeit angerechnet, in der sie über eine Anwesenheitsbewilligung zum dauernden Verbleib verfügt haben.

3. Ausländerinnen
und Ausländer

Art. 9

¹ Die Regierung entscheidet über die Erteilung oder Verweigerung des Kantonsbürgerrechts.

Zuständigkeit

² Sie kann diese Kompetenzen dem zuständigen Departement übertragen.

3. GEMEINDEBÜRGERRECHT

Art. 10

¹ Soweit die Gesetzgebung des Bundes und des Kantons keine Bestimmungen enthalten, haben die Bürgergemeinden Vorschriften über die Erteilung, Zusicherung und Verweigerung des Gemeindebürgerrechts zu erlassen.

Gemeinderecht

² Sie haben insbesondere die Zuständigkeiten, das Verfahren und die Gebühren zu regeln.

³ Vorschriften und Beschlüsse, welche die Einbürgerung verbieten, sind ungültig.

Art. 11

¹ Das Gemeindebürgerrecht kann Personen erteilt oder zugesichert werden, die in dieser Gemeinde seit mindestens vier Jahren gewohnt haben, wovon zwei Jahre unmittelbar vor der Gesuchseinreichung.

Wohnsitzdauer

² Die Bürgergemeinden können die Mindestwohnsitzdauer für Schweizerinnen und Schweizer auf höchstens sechs Jahre und für Ausländerinnen und Ausländer auf höchstens zwölf Jahre erhöhen.

³ Sie können die Dauer des Wohnsitzes in anderen Gemeinden des Kantons teilweise an ihre Wohnsitzfristen gemäss Absatz 2 anrechnen.

⁴ Artikel 8 gilt sinngemäss.

Art. 12

¹ Das Einbürgerungsgesuch ist mit den erforderlichen Unterlagen bei der Bürgergemeinde einzureichen.

Verfahren
1. für Schweizerinnen
und Schweizer

² Die Bürgergemeinde trifft innert sechs Monaten die Erhebungen, welche

für die Beurteilung der Einbürgerungsvoraussetzungen nötig sind. Liegen die Erhebungen vor, hat das gemäss Artikel 14 zuständige Organ innert sechs Monaten über das Gesuch zu entscheiden.

³ Personen, die das Kantonsbürgerrecht nicht besitzen, wird das Gemeindebürgerrecht nur zugesichert. Die Bürgergemeinde übermittelt den Entscheid über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts mit den Akten dem zuständigen kantonalen Amt.

⁴ Das Gemeindebürgerrecht wird erst mit der Erteilung des Kantonsbürgerrechts rechtswirksam.

Art. 13

2. für Ausländer-
innen und
Ausländer

¹ Das Einbürgerungsgesuch ist mit den erforderlichen Unterlagen beim zuständigen kantonalen Amt einzureichen.

² Das kantonale Amt prüft die Dokumente, den strafrechtlichen Leumund sowie die kantonalen und bundesrechtlichen Wohnsitzvoraussetzungen. Anschliessend leitet es das Gesuch mit den Akten an die zuständige Bürgergemeinde weiter.

³ Im Übrigen gelten Artikel 12 Absätze 2 bis 4.

Art. 14

Zuständigkeit

¹ Die Bürgergemeindeversammlung entscheidet durch Mehrheitsbeschluss über die Erteilung, Zusicherung oder Verweigerung des Gemeindebürgerrechts.

² Die Bürgergemeinde kann diese Kompetenzen dem Vorstand oder einer besonderen Kommission übertragen.

³ Artikel 78 Absatz 3 des Gemeindegesetzes ¹⁾ findet entsprechende Anwendung.

Art. 15

Ehrenbürgerrecht
1. Voraussetzung

¹ Personen, die sich um die Öffentlichkeit oder das Gemeinwohl besonders verdient gemacht haben, kann das Bürgerrecht ehrenhalber verliehen werden.

² Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts ist an keine Wohnsitzvoraussetzungen gebunden.

Art. 16

2. Wirkung

¹ Das Ehrenbürgerrecht steht ausschliesslich der Person zu, der es verliehen wird.

² Es hat die gleiche Wirkung wie das im ordentlichen Verfahren durch Einbürgerung erlangte Bürgerrecht. Bei Bürgerinnen oder Bürgern eines an-

¹⁾ BR 175.050

deren Kantons bedarf es hierzu einer vorgängigen Genehmigung des zuständigen kantonalen Amtes.

³ Für Ausländerinnen und Ausländer ist die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung erforderlich.

Art. 17

Ein im Kanton gefundenes Kind unbekannter Abstammung erhält das Bürgerrecht derjenigen Gemeinde, auf deren Gebiet es gefunden wurde. Findelkind

III. Entlassung aus dem Bürgerrecht

Art. 18

Wer ein anderes Kantons- oder Gemeindebürgerrecht besitzt oder zugesichert erhalten hat, kann auf schriftliches Begehren hin aus dem Kantons- oder Gemeindebürgerrecht entlassen werden. Voraussetzungen

Art. 19

Das zuständige kantonale Amt verfügt die Entlassung aus dem Kantons- oder Gemeindebürgerrecht. Zuständigkeit

IV. Gemeinsame Bestimmungen

Art. 20¹⁾

Stellen Ehegatten oder Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, gemeinsam ein Gesuch um Einbürgerung oder Entlassung aus dem Bürgerrecht, haben beide die entsprechenden Voraussetzungen zu erfüllen. Ehegatten, eingetragene Partnerinnen und Partner

Art. 21

¹ In die Einbürgerung oder die Entlassung aus dem Bürgerrecht werden in der Regel die unter der elterlichen Sorge der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers stehenden Unmündigen einbezogen, sofern nicht das Kindeswohl dagegen spricht. Unmündige

² Für Unmündige über 16 Jahre gilt dies nur, wenn sie schriftlich zustimmen.

³ Unmündige können mit Vollendung des 16. Altersjahres selbstständig ein Gesuch um Einbürgerung oder Entlassung aus dem Bürgerrecht einreichen. Das Gesuch ist von der gesetzlichen Vertreterin oder dem gesetzlichen Vertreter mitzuunterzeichnen.

¹⁾ Fassung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 1, AGS 2006, KA 4882; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

Art. 22

Bevormundete

¹ Bei Bevormundeten ist das Gesuch um Einbürgerung oder Entlassung aus dem Bürgerrecht durch die gesetzliche Vertretung zu stellen.

² Das Gesuch bedarf der Zustimmung der Vormundschaftsbehörde.

Art. 23Bearbeitung von
Personendaten

¹ Die zuständigen kantonalen und kommunalen Behörden sowie die von ihnen beauftragten Stellen können für die Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz Daten bearbeiten, einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders geschützten Personendaten über:

- a) religiöse und weltanschauliche Ansichten;
- b) politische Tätigkeiten;
- c) Gesundheit;
- d) Vernachlässigung von familienrechtlichen Unterhaltspflichten;
- e) Massnahmen der Sozialhilfe;
- f) Betreibungs- und Konkursverfahren;
- g) Steuerakten, insbesondere Steuerrückstände und Steuerstrafen;
- h) administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen.

² Kantonale und kommunale Behörden sowie Dritte sind verpflichtet, die dafür erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Art. 24

Gebühren

¹ Der Kanton und die Bürgergemeinden können für ihre Arbeitsaufwendungen und Entscheide kostendeckende Gebühren erheben. Die Gebühren des Kantons und der Bürgergemeinden dürfen je höchstens 2 000 Franken pro ausländische Person und 1 000 Franken pro schweizerische Person betragen.

² Der Kanton und die Bürgergemeinden können angemessene Kostenvorschüsse verlangen.

Art. 25

Rechtsschutz

¹ Ablehnende Entscheide sind zu begründen.

² ¹⁾ Entscheide der Bürgergemeinde können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

³ ²⁾ Entscheide des zuständigen kantonalen Amtes oder Departements können mit Verwaltungsbeschwerde weitergezogen werden. Regierungsentsehide können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

¹⁾ Fassung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3308, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

²⁾ Fassung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3308, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

V. Schlussbestimmungen

Art. 26

Mit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird das Gesetz über Erwerb und Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts vom 6. Juni 1993¹⁾ aufgehoben. Aufhebung
bisherigen Rechts

Art. 27

Auf Einbürgerungsentscheide, die das zuständige Organ der Bürgergemeinde vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes getroffen hat, wird das bisherige Recht angewendet. Übergangs-
bestimmungen
1. Einbürgerun-
gen

Art. 28

Die Bürgergemeinden haben innert eines Jahres seit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes die bestehenden Einbürgerungsreglemente anzupassen oder neue zu erlassen. 2. Anpassung von
Reglementen

Art. 29

¹⁾ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

²⁾ Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens²⁾ dieses Gesetzes. Referendum und
In-Kraft-Treten

¹⁾ AGS 1993, 2744 und AGS 2003, KA 3955

²⁾ Die Referendumsfrist ist am 7. Dezember 2005 unbenutzt abgelaufen. Mit RB vom 13. Dezember 2005 auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt